20.02.2019

UMWELTTECHNIK

Geplante Forschungsfabrik für Brennstoffzellen und Wasserstoff



© Fraunhofer Institut

In der industriellen Brennstoffzellenfertigung steckt ein enormes Potenzial für den Klimaschutz und für den Industriestandort Deutschland. Die Landesregierung setzt sich daher für eine finanzielle Beteiligung des Bundes an der geplanten Forschungsfabrik für Brennstoffzellen und Wasserstoff ein.

Umweltminister Franz Untersteller und Wirtschaftsministerin Nicole Hoffmeister-Kraut haben die Bundesregierung in einem gemeinsamen Schreiben gebeten, das Projekt „HyFab-Baden-Württemberg – Forschungsfabrik für Brennstoffzellen und Wasserstoff“ finanziell zu unterstützen.

Landesregierung setzt sich für finanzielle Beteiligung des Bundes ein

Ziel des vom Zentrum für Sonnenenergie- und Wasserstoffforschung Baden-Württemberg (ZSW) in Ulm in Kooperation mit dem Fraunhofer-Institut für Solare Energiesysteme (ISE) in Freiburg und weiteren Akteuren aus Wissenschaft und Industrie entwickelten Projektes ist es, die Zulieferindustrie zu stärken und eine offene, flexible Plattform zu schaffen, in der schnelle, automatisierte Fertigungs- und Qualitätssicherungsverfahren für sogenannte Brennstoffzellenstapel entwickelt und erprobt werden können.

„Unsere Mobilität muss klimaneutral und schadstofffrei werden, wir brauchen die Verkehrswende", sagte Franz Untersteller. Dabei dürfe nicht allein auf batterieelektrische Fahrzeuge gesetzt werden. „Für manche Anwendungen wie den Bus- und den LKW-Verkehr kann insbesondere auch die Wasserstoff- und Brennstoffzellentechnologie eine wichtige Rolle einnehmen", betonte der Minister für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft.

Wirtschaftsministerin Hoffmeister-Kraut hob hervor: „Wasserstoff bietet großes Potential, die Sektoren Verkehr und Energie effizient miteinander zu verbinden. Ich bin der festen Überzeugung, dass wir zur erfolgreichen Bewältigung der Energie- und Verkehrswende alle möglichen und sinnvollen Technologien nutzen müssen. Dabei geht es neben dem Klimaschutz natürlich auch darum, Wertschöpfung und Arbeitsplätze im Südwesten zu erhalten, denn Baden-Württemberg ist Automobilstandort Nummer eins und soll es auch in Zukunft bleiben", so Hoffmeister-Kraut.

Mittelbedarf von 74 Millionen Euro in den nächsten zehn Jahren

In der Industrialisierung der Brennstoffzellenfertigung und dem hiermit ermöglichten kostengünstigeren Einsatz in Fahrzeugen stecke ein enormes Potenzial sowohl für die notwendige CO_2-Reduzierung im Verkehr als auch für die Profilierung der heimischen Industrie, betonten Untersteller und Hoffmeister-Kraut in ihrem Schreiben an Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier und Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer. Für die Realisierung der Forschungsfabrik plane das Land daher, im Rahmen des Strategiedialogs Automobilwirtschaft Baden-Württemberg (SDA) bis zu 18,5 Millionen Euro zur Verfügung zu stellen. Insgesamt werde für das Projekt HyFab mit einem Mittelbedarf von 74 Millionen Euro in den nächsten zehn Jahren gerechnet.

„Das Projekt eignet sich hervorragend für eine gemeinsame Realisierung im Schulterschluss von Bund, Land und Industrie", sagten Untersteller und Hoffmeister-Kraut weiter. „Wir haben die Bundesregierung daher gebeten, das Vorhaben auch mit Mitteln der Nationalen Organisation Wasserstoff- und Brennstoffzellentechnologie (NOW) zu unterstützen."

#Förderung #Bildung und Wissenschaft #Forschung #Energie #Erneuerbare Energien

Link dieser Seite:

https://www.baden-wuerttemberg.de/de/service/presse/pressemitteilung/pid/geplante-forschungsfabrik-fuer-brennstoffzellen-und-wasserstoff-1

// //